

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch Kaufpreis 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Herausgegeben: Nr. 22825  
Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau.

Herausgegeben: Die geschickte Wirtschaftspolitik aber kann Kosten 0,35 Mk. aufwenden 1,00 Mk.  
Städte- und Wohnungsgebäude, Familienwohnungen, Verschaffung von Verkehrsverbindungen 0,50 Mk.  
Reklame: Die Wirtschaftswelle, Preisgestaltung aber kann Raum, Kosten 0,3—Mk.

## General-Aktion des Proletariats in Mittel-Deutschland.

### Eine freie Provokation der Regierung.

Am Donnerstag früh ist der politische Schriftleiter des halleschen „Volksblattes“, der Genosse Victor Stern, von der politischen Polizei in Halle verhaftet worden auf Anweisung der Berliner Regierung, um als lästiger Ausländer per Schub über die Grenze gebracht zu werden.

Der Genosse Stern ist Österreicher und seit 1½ Jahren in Deutschland für die Sache des Proletariats tätig. Seine Tätigkeit war natürlich der reaktionären Regierung unmöglich und sie rächt sich dafür, indem sie ihn auf die brutalste Art und Weise entfernen will. Dem Genossen Stern wurde nicht einmal Zeit gelassen, seine dringenden Angelegenheiten in Halle zu ordnen. Nach Angabe des rechtsozialistischen Polizeipräsidenten von Halle ist er bereits einige Stunden nach der Verhaftung unter Bewachung abgeschoben worden.

Die Arbeiterschaft von Halle wird sich diese gemeine Provokation nicht gefallen lassen. Wie wir hören, ist noch am Donnerstag vormittag die Arbeiterschaft in eine Protestaktion eingetreten. Die unabsehbaren Folgen einer solchen Aktion fallen der Regierung zur Last. Wir erheben Protest dagegen, daß auf solche barbarische Weise die Regierung versucht, das Proletariat seiner politischen Führung zu berauben.

\* \* \*

Donnerstag mittag sind die Arbeiter mehrerer industrieller Betriebe in Halle in den Streik getreten, im Zusammenhang mit der Verhaftung des politischen Redakteurs des „Volksblattes“, Stern. Auch die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes haben die Arbeit niedergelegt. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt.

Der Streik in Halle hat sich zum Generalstreik ausgedehnt und droht ganz Mitteldeutschland zu umfassen.

Man beachte, daß Genosse Stern von der preußischen Regierung, in der bekanntlich die Konservativen dominieren, ausgewiesen wurde.

### Gegen Streik — Masssperrung!

#### Meldung vom 16. Dezember:

Die Arbeiter der Gußstahlfabrik des Voß u. M. Vereins, ungefähr 9000 Mann, befinden sich seit heute morgen in einem Streik. Die Arbeiterschaft verlangt die Zusetzung einer Wirtschaftshilfe, die von der Direktion abgelehnt wird. Die Leitung des Voßumer Vereins hat eine Siedlung der Betriebe in Aussicht genommen, falls die Abstimmung unter den Arbeitern, die heute abend und morgen früh vorgenommen wird, einen Streikbeschluss ergeben sollte.

### Wieder ein gegenrevolutionärer Mordversuch!

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde versucht, den kommunistischen Gemeindevorsteher in Unterroßlingen, Genossen Otto König, im Bett zu ermorden. Durch das Fenster wurden drei Schüsse abgegeben, die das Bett des Genossen König trafen, glücklicherweise ohne ihn selbst zu verlegen. Es ist zweifellos, daß es sich um einen Mordversuch gegen revolutionäre Kreise handelt, die gleichzeitig die Gemeindevorsteher vom Schulzenamt gestohlen haben. Die Gemeindevorsteher haben auf die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

### Die Kosten des Ernährungsbedarfs.

Die wöchentlichen Kosten des Ernährungsminimums für einen Erwachsenen berechnet Professor Dr. Silbergleit, der Director des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, für den Monat November auf 60,25 Mark gegenüber 50,90 Mark im Oktober. Verglichen mit der vom Jahr zuvor im gleichen Zeitraum zwischen Juli und August 1919, dem Ausgangspunkt der Begegnungen Silbergleits, wo sich die wöchentlichen Kosten auf 26,55 Mark beliefen, bedeutet der November 1920 eine Verkürzung des Ernährungsbedarfs um 33,70 Mark oder 128,93 Prozent. Von den 60,25 Mark, die für den Bedarf aufzubringen wären, entfallen 15,32 Mark auf rationierte Lebensmittel, 42,13 Mark auf Lebensmittel im freien Handel und 2,80 Mark auf Salz, die im unregulierten Verlauf erworben werden.

### Brot.

Die Brotversorgung des Volkes ist in Frage gestellt. Durch Schließungen und Bücher wird das Brotgetreide dem Volke entzogen. Es werden nicht entfernt die Mengen abgelistet, die im voraus berechnet waren. Die Regierung sah bisher gebüldig zu. Jetzt aber scheint es ihr selbst Angst zu werben vor den Folgen, wie aus folgender W. T. B. Meldung hervorgeht:

Berlin, 15. Dezember. Wie die „Boss. Ztg.“ erfährt, hat die preußische Regierung einen Felsch herausgegeben, durch den die Provinzialbehörden aufgefordert werden, mit größter Entschiedenheit die Ablieferung von Brotgetreide zur Durchführung zu bringen. Die Regierung sieht Requisitionen auf dem flachen Lande in großem Umfang vor, und zwar zunächst in jenen Kreisen und Bezirken, die mit der Ablieferung von Brotgetreide am stärksten zurückgeblieben sind.

Zunächst zweifeln wir noch an dem starken Arm, mit dem hier die Regierung droht. Aber selbst wenn sie wollte, könnte sie nicht der Brotversorgung Herr werden. Denn bei dem heutigen System werden immer Lücken bleiben, durch die Produzenten und Händler durchschlüpfen werden. Es ist das Rätsel, wie in Stadt und Land, Guts- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den politischen Arbeiterräten können die Sicherung der landwirtschaftlichen Produkte für alle Schaffenden herstellen.

### Ablösung der Streikbewegung in der Tschecho-Slowakei.

In Reichenberg und Komotau ist der Generalstreik abgebrochen worden, dagegen wird in Prag und Kladno noch weiter gekämpft. Aber auch hier scheint das Militär die Straßen zu beherrschen. So wird aus Kladno gemeldet, daß die Streileitungen und die örtlichen Ausschüsse verhaftet wurden. Die Druderei und die Zeitung sind von Gendarmerie besetzt worden. Viele hundert Gendarme, bewaffnete Soldaten und Militärs sind zusammengezogen. In Kladno wie in Prag wird wegen Beilegung des Streiks verhandelt. Über die Gründe des Streikabbruches in Reichenberg und Komotau wird aus Reichenberg gemeldet:

„Da der Parteidirektor der deutschen Rechtsozialisten die deutschen Arbeiter aufgefordert hat, den tschechischen Arbeitern in den Rücken zu fallen, war die Einheitlichkeit der Aktion nicht möglich. Es wurde in der Besammlung klar ausgeprochen, daß einem Kampf von solchem Umfang die Arbeiterschaft solange nicht gewachsen ist, solange sie nicht über die einheitliche kommunistische internationale Partei in diesem Staate verfügt, die die erste Vorbereitung für jeden revolutionären Kampf ist. Die Arbeiter wurden von der Zentralstreileitung aufgefordert, in der Partei und in den Gewerkschaften in diesem Sinne zu arbeiten und den Kampf gegen die Führer anzunehmen.“

Die freilaufenden Reichenberger Tiefarbeiter haben ihre Gewerkschaftsangehörigen wegen ihrer Haltung abgesezt. Die Gewerkschaftsbüros waren deshalb heute morgen geschlossen und vergriffen, die Gewerkschaften hatten sich andere Lokale gesucht, weil sie die Arbeit fürchten.

Im Gebiet von Reichenberg wählen die Arbeiter überall Bevölkerung gegen den Willen der Gewerkschaften.

Die tschechische Gewerkschaftskommission hat sich für die Streiforderungen ausgesprochen und den Streikenden erklärt, daß sie sich dafür einsetzen wolle, hat sich aber für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen.“

Danach hat also der nationale Chauvinismus der deutschen Rechtsozialisten in Böhmen der Bewegung ein schnelles Ende bereitet. Die innerparteilichen Verhältnisse in der Tschecho-Slowakei haben indessen eine wesentliche Klärung durch die Kämpfe erfahren. Es ist eine Erfahrungslösung für das Proletariat, die auch jetzt in der Tschecho-Slowakei wieder bestätigt wurde, daß jeder offene Kampf die reformistischen Arbeiterschäfer eines Teiles ihres Einflusses auf das Proletariat herabsetzt, können sie ihre revolutionäre Tätigkeit auf Pausen beschränken, dann gelingt es ihnen immer wieder, Arbeiter zu beeinflussen. Gilt es, ihre Phrasen mit Taten zu bekräftigen, dann fällt sofort die revolutionäre Rasse und das angsterfüllte Gesicht des Spiekers zeigt sich, der nach einer neuen schönen Phrase triumphiert, sucht die höhere Einsicht vorläufigen soll, wo der Mut zur Tat fehlt. Das das Proletariat der Tschecho-Slowakei jetzt einmal die wahre Gestalt seiner Reformisten zu sehen bekommt, wird den realen Erfolg des Generalstreiks zur Folge haben: Die Bildung einer großen und klaren kommunistischen Partei, die bei der nächsten Aktion die unbestrittenen Führer des Proletariats der Tschecho-Slowakei sein wird. Die Schwung in der tschechischen Arbeiterschaft ist ausgezeichnet. Der Radikalismus der Masse macht nur eine Karriere,

### „Überfremdung““ Verkrüppung.

D. Li. Es ist in dieser Zeitung schon mehrmals darauf hingewiesen worden, daß der katastrophal schlechte Stand der deutschen Wirtschaft erstensmal das heimliche Capital (Industrie-, Handels-, Agrar-Kapital) in die Lage versetzt, anreizt, Industrieprodukte (die im Ausland dringend gebraucht werden), Produktionsmittel (ganze Fabriken), Viehherden, Agrar-Produkte (Getreide usw.) in das Ausland zu exportieren, da dieses eben infolge des hohen Wertes dieses Geldes auch die unverhältnismäßig hohen Preise zahlen kann, die von den deutschen Arbeitern gefordert werden. Die Bedeutung (der Schaden) dieses Export-Standards für das deutsche Volk nochmals des langen und breiten zu erörtern, eräßigt sich wohl. Das deutsche Capital (Gross-Kapital) ist in dem Steigen der deutschen Wirtschaft ganz und gar nicht interessiert; im Gegenteil, und es operiert auch dementsprechend. Es muß ferner bekannt sein, daß der Wirtschaftsstand dem Eintragen des fremden (kommunistischen) Kapitals in die deutsche Wirtschaft die Wege ebnet.

In der Nr. 53 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 18. Mai 1920 heißt es in dem Artikel „Capitalismus“ über dieses Thema wie folgt:

„In letzter Zeit sind wieder Nachrichten über das Eindringen ausländischer Kapitals in deutsche Unternehmen bekannt geworden. Die breite Öffentlichkeit ist ja über das Vorhandensein fremder Gelder in der deutschen Wirtschaft so gut wie garnicht orientiert, allerdings läßt sich die genaue Zahl dieser Kapitalien nicht so leicht feststellen. Letztlich hat bereits das akkumulierte ausländische Kapital (Kriegsgewinne!) gereizt durch den schlechten Stand der deutschen Wirtschaft von der deutschen Industrie, dem Grund und Boden in nicht zu unterschätzender Menge Besitz ergriffen und baut seine Macht immer weiter aus.“

Und dann weiter:

„Das deutsche Proletariat darf dem Eindringen des fremden Kapitals in die deutsche Wirtschaft keine Wege gleichgültig gegenüberstehen. Woht ist es im Augenblick ziemlich belanglos, ob die deutschen Arbeiter und Angestellten für die deutschen oder ausländischen Privatunternehmer die Hände reichen und die Hörne anstrengen, denn Ausbeutung bleibt Ausbeutung; die Produktionsmittel in fremder Hand blieben aber in dem Augenblick ein schweres Hindernis, wo das Proletariat im Besitz der politischen Macht die Sozialisierung der Wirtschaft durchführen will. Zweifellos muß die Besitzergreifung der Produktionsmittel, die nicht den Deutschen, sondern den ausländischen Kapitalisten fortzunehmen sind, zu kraftvollen internationalem Bewegungen führen, es sei denn, daß der Stand der Weltrevolution diese Gefahr auslöscht oder aber auf die Sozialisierung derartiger Produktionsmittel überhaupt verzichtet wird.“

Die Sozialisierung derartiger Produktionsmittel überhaupt verzichtet wird. Die Fertigung wichtiger ökonomischer Güter (und das ausländische Kapital sucht sich nicht die schlechtesten Fabriken usw. aus) führt natürlich zu einer Durchbreitung der Wirtschaft, einer Erschwerung der Außenarbeit in sozialistischem Süme. Sie wechselt Industrie- und Bodenwerte in ausländische Hand übergehen, um so schwierigeren Verhältnissen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht steht dann das deutsche Proletariat gegenüber, wenn es zur Sozialisierung schreitet, vorzusehen, wie gezeigt, daß zu dieser Zeit die Macht des kapitalistischen Auslands noch nicht gebrochen ist. Die deutschen Kapitalisten haben kein Interesse daran, sich gegen das Eindringen des ausländischen Kapitals zu wehren. Sie steuern sich im Gegenteil, auf diese Weise der kommenden Sozialisierung das Schnippchen schlagen zu können. Die Fabrikarbeiter und sonstigen Beamten des Kapitals in den Betrieben werden von den sozialen Führern ebenso bezogen, wie von den einzelnen, im übrigen eilt sie das Werk der Partei gegen die Arbeiterschaft. Vor der Partei kann aber das Proletariat garnichts gegen die zunehmende Reaktionierung Deutschlands durch das fremde Kapital tun. Der Stand in der Geschäftsführung des Betriebs ist doch eine absolute Verkrüppung gegen null.“ — Siegreich hat das fremde Kapital seinen Zugang weiter (und immer weiter) in die deutsche Wirtschaft gehalten. Die „Überfremdung“, „die Radikalismus“ heißt, nimmt immer mehr zu.

So schrieb vor einiger Zeit die „Industrie- und Handelszeitung“ unter der Überschrift „Überfremdung gefährlich“ u. a. wie folgt:

„Ausländisches Kapital versucht, wie von uns berichtet, seit einiger Zeit erneut in großem Ausmass in die deutsche Wirtschaft einzudringen, nachdem in den Sommermonaten in dieser Bewegung ein vorläufiger Stillstand eingetreten war. Französische Kapitalistenteile haben durch Mittelsmänner oberschlesische Werte, in westlichen Industriekreisen finden fortgesetzte Auslandsläufe statt; amerikanisches Kapital übernimmt und erweitert, wie wir weiter unten berichten, die Coblenzer Bank, Wünschener Hotels gehen in ausländische Hände über usw. Der aktuelle Weg der Überfremdung war bisher der Eroberung deutscher Aktien, wodurch es dem Ausland in einigen Fällen gelungen ist, deutsche Industrieunternehmungen maßgebend zu beeinflussen.“

Weniger zahlreich oder doch in der Offenheit weniger besprochen sind die Versuche des Auslands, deutsche Privatfirmen in seine Hand zu bekommen. Deutsche Privatfirmen, besonders wenn sie eine für die Zukunft aussichtsvolle Fabrikation betreiben, sind daher heute besonders gefährdet. Das ausländische Kapital geht bei der Verwicklung der Überfremdungsbücher zum Teil ganz offen vor; der Aufstieg durch deutsche Mittelsmänner ist allerdings, weil er unabsichtlich ist, noch gefährlicher. Uns liegt ein Schreiben vor, das hervorragenden deutschen Firmen vorgegangen ist von einer R. B. „Comindo“ Machthabern vor: Commercio en Industriale Unternehmen in Amsterdam, darin heißt es:

„Wir beabsichtigen, den Auslandsverlauf deutscher Eisen- und Stahlwerke bei uns auf breiterer Grundlage zu konzentrieren. Wir erwarten bestmöglich Ihre grundlegende Rückäußerung, ob Sie bereit wären, mit uns in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten. Die Form einer etwaigen Vereinbarung bleibt vorbehalten. Grundlegend wünschen wir auf Wunsch aus, zu einer ganzen oder teilweisen Übernahme Ihres Unternehmens unter zu vereinbarenden Bedingungen bereit. Wir würden die Transaktion für Rechnung einer kapitalstarken Gruppe zur Durchführung bringen.“

Die Coblenzer Bank steht amerikanischem Einfluss. Sie mit 7,8 Mill. M. Aktienkapital arbeitende Coblenzer Bank will, wie uns berichtet wird, unter Auseinandersetzung mit einem amerikanischen Großbankkonzern ihr Aktienkapital um 42,9 auf 50 Mill. M. erhöhen und ihre Arbeitsbasis wesentlich ausdehnen. — Mit dieser Erweiterung der Coblenzer Bank würde die Überfremdung Deutschlands einen noch erheblichen Schritt vorwärtskommen, der um so bedeutsamer ist, als es sich um ein Unternehmen im gegenwärtig besetzten Gebiet handelt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Coblenzer Bank ein Anfangsmaß für die weitere Durchdringung der rheinischen Wirtschaft mit fremdem Kapital werden soll, indem sie zur Durchführung der Kapitaltransaktionen beim Institut von Fabrikunternehmungen, also sowiogen als „Überfremdungsbücher“, dienen könnte.

Ausländisches Kapital in Wünschener Goldmine. Sie war brachliegend geworden, hat die deutsche Staatsbank im bayerischen Landtag an die Regierung die Frage gestellt, ob es richtig sei, daß bereits 16 Millionen Mark von Gewinngruppen, hinter denen ausländische Kapitalisten stecke, aufgezehrt worden sind.“

(Fortsetzung folgt)

#### Selbst- und Kapitalkontroll-Zabelle für September 1920.

Jahr	M. gegen Sozial- und National- Kapital
Januar	4.814
Februar	5.141
März	5.141
April	5.141
Mai	5.141
Juni	5.141
Juli	5.141
August	5.141
September	5.141
Oktober	5.141
November	5.141
1. Dezember	5.141
2. Dezember	5.141
3. Dezember	5.141
4. Dezember	5.141
5. Dezember	5.141

#### Internationale.

##### Aus dem Paradies der formalen Demokratie.

Der diesjährige Militär- und Marine-Konferenzteilnehmer belief sich auf 240 Millionen Pfund Sterling, das sind 4800 Millionen Goldmark! Dagegen gibt der englische Staat jährlich für Soldaten, Schulschiffahrt und Versorgung der Seefahrer zusammen mit 22 Millionen Pfund Sterling aus.

##### Von der englischen Wirtschaftsfeuer.

Die „Daily Mail“ berichtet in Großbritannien über ihre Schrecken und gräßlichen, teils sagen sie in Bezug auf uns. Dagegen werden die Arbeitnehmer mehrere 50000 Arbeiter mehr erwartet.

##### Die direkte Aktion der englischen Arbeitnehmer.

Die englischen Arbeitnehmer haben damit jetzt die gesuchte Rüstung für ihre Gewalt befreit. Wenn in London jetzt hören die Arbeitnehmer Gewalt 53 Gebäude kappt.

##### Die militärische Macht der englischen Reaktion.

Ein Gericht sollte möglich eine Rüstung und Gewalt machen. Über die englische Regierung verweigerte ihm die Gewalt-Gesellschaft. Dies schreibt wohl, daß der endliche Frieden der Engländer der englischen Gewalt nicht widersteht.

#### Rußland.

##### Wrangels Truppen werden zu neuen Kämpfen ausgerüstet.

Der „Roten Fahne“ wird aus Moskau telegraphiert, daß Krassjin bei Lloyd George protestiert habe gegen die Konzentration der früher unter Wrangels Kommando gebliebenen Streitkräfte nahe Konstantinopel, denen es gestattet werde, bei Konstantinopel zu verbleiben. Diese Streitkräfte werden, weit davon entfernt, entwaffnet und interniert zu werden, im Gegenteil mit allem zu einem neuen Angriff gegen Sowjet-Rußland vorbereitet werden. Krassjin verlangt von der britischen Regierung klare Garantien gegen die Wrangeltruppen, die ein unter britischer Besetzung stehendes Gebiet als militärische Basis benötigen. Eine gleiche Note wurde dem italienischen Außenminister Sforza geschickt.

##### Eine neue gegenrevolutionäre Verschwörung.

Die ukrainische Gesellschaft in Stockholm erklärt, daß zwischen den russischen Antikommunisten mit Sawinoff an der Spitze und der Regierung der ukrainischen Volksrepublik ein Vertrag zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Bolschewiki geschlossen wurde. Dabei soll die Selbständigkeit der ukrainischen Volksrepublik unter der jetzigen Regierung anerkannt werden. Dieser Vertrag ist deshalb bedeutungsvoll, weil die grobsinnigen Politiker ihre Forderungen zur Wiederherstellung des einigen und unteilbaren Russlands fallen gelassen haben.

Kaum hat die Intervention des Weltkapitals nach der Erledigung Wrangels vorläufig gründlich bankrott gemacht, beginnen, wie die Stockholmer Meldung beweist, bereits neue Intrigen gegen den Bolschewismus. Man muß die Zähigkeit der Antikommunisten vom Schlag Sawinoffs und noch mehr ihren scheinbar unerschöpflichen Geldsack bewundern. Es wird ihnen aber alles nichts mehr nützen. Sowjet-Rußland steht heute gesicherter denn je da. Eine militärische Intervention vor allem ist heute bereits so gut wie unmöglich, nachdem sich die gegenrevolutionären Heere fast der ganzen Welt an dem eisernen Block Sowjet-Rußlands jahrelang die Zahne ausgebißt haben.

##### Vor dem ersten allrussischen Sowjet-Kongress.

Moskau bereitet sich zum ersten allrussischen Sowjet-Kongress vor, der am 20. Dezember eröffnet werden soll. Die Zeitungen widmen zahlreiche Artikel den wichtigen Fragen des Wiederaufbaus und der Beziehungen zwischen den zentralen Sowjetrepubliken, die auf dem Kongress diskutiert werden sollen. Viele Sektionen bereiten eifrig informatives Material für die ankommenden Delegierten vor und organisieren eine große Ausstellung, um den ankommenden Arbeitern und Bauern die Möglichkeit zu gewähren, Einzelheiten über den sozialen Mechanismus zu erfragen.

Da behaupten die Dittmänner immer noch, daß es in Russland kein Staatesystem mehr gäbe, daß nur die Diktatur der Kreativität oder gar nur Lenins Herrschaft,

##### Georgien als Basis der Gegenrevolution.

Noch hier eingetroffenen Befürchtungen sind in Georgien vier Jahresklassen mobilisiert worden. Die Revolution wird mit der bedrohlichen Lage der Nachbarländer begründet. In Tiflis und Batumi wurden zahlreiche Gefangen in unter den Kommunisten vorgenommen.

##### Aufhebung der Blockade gegen Südrussland.

Die „Daily Mail“ aus Konstantinopel meldet, wurden die Handelsbeziehungen zum bolzhevistischen Südrussland wieder aufgenommen. Die britischen Marinestaffeln haben die Handelslinie erobert, sich nach russischen Daten zu begeben. Drei Schiffe sind bereits nach Odessa abgegangen.

#### Republik Deutschland

##### Das Programm der jüdischen „reinsozialistischen“ Regierung.

Im Reichstag hat der Ministerpräsident Buck die Regierungserklärung abgegeben, die das Programm der reinsozialistischen Regierung Schröders enthält. Dieses Programm, ein Produkt der Freiheit und der Unabhängigkeit, ist deutlich erkennbar, bis es den Sozialdemokraten selber darüber höchst unangenehm war, was die Führung der Sozialdemokratie zur Bildung der „reinsozialistischen“ Regierung gesungen zu werden. Vor die Freiheit steht, „reinsozialistische“ Politik zu treiben, die überall eingehende Bevölkerung zu erhalten, unter den Arbeitern und der Bevölkerung der Südpfalz lange Zeit keine Ruhe zu verhindern, unter den neuen Orten die die kriegsähnliche Politik fortzuführen.

Gegenüber dem Staat verkündet Herr Buck, die Wahlkampagne und der Wahltag der reinsozialistischen Regierung „seien“, bei allen Verbindungen „sozialistisch“, die Bevölkerung im jugendlichen Zustand zu erhalten. Organische soziale Entwicklung der jugendlichen Südpfalz, soziale Freiheit gegen soziale Diktatur. Die Regierung kann nicht ohne die Unterstützung der Jugendorganisationen, wie es die Bevölkerung in anderen Ländern in einem Zustand ist, wird die Freiheit der jugendlichen Regierung nicht bestehen können. Wie ja zu berichten in den Deutschen sozialen Parteien nichts haben, werden Sozialdemokratie und Konservativer nicht ihre sozialrevolutionäre Regierung mit einer Wahlzeit an den Tag stellen der Reichsregierung zu verhindern suchen.

Die Lösung der Arbeitslosenfrage stellt die reinsozialistische Regierung Sachsen „in innigen Zusammenhang mit der Frage des Wiederaufbaus der Industrie und der Großunternehmungen“ natürlich auf kapitalistischer Grundlage. Zu der Auflösung eines Drudes auf die Kapitalisten, um die entlassenen Arbeiter wieder in die Betriebe zu bringen, einer menschenwürdigen Behandlung der Arbeitslosen, einer Erweiterung der Rechte der Betriebsräte konnte Herr Buck sich nicht ausschwingen. Das Wirtschaftsprogramm der reinsozialistischen sächsischen Regierung besteht in Bemühungen zum Wiederaufbau des Kapitalismus.

Die Durchführung eines derartigen Programms in der Praxis kann nur durch offene konterrevolutionäre Maßnahmen erfolgen. Die Buck und Lipinski haben die Stellungnahme der Kommunisten zur „reinsozialistischen“ Regierung schlecht verstanden, wenn sie deren parlamentarische Unterstützung für die Firma, statt für ihre Daten erwarteten. Die sächsischen Kommunisten werden für die reinsozialistische Regierung keine Finger rütteln, sobald sie konterrevolutionär handelt und damit vor der Arbeiterschaft ihr wahres Wesen enttarnt. Die Regierungserklärung könnte vermuten lassen, daß die Buck und Lipinski auf die Unterstützung der Kommunisten verzichten wollen, um sich damit die Unterstützung der bürgerlichen Parteien zu erlaufen. Für die Kommunisten und für die sozialistische Arbeiterschaft, die dadurch von ihren letzten Illusionen befreit wurde, könnte diese Selbstentlarung unvorteilhaft sein.

##### Reichstag.

In den letzten Sitzungen wurde — meist vor leeren Bänken — über das Ernährungssektord geredet. Genoß Barck (Kommunist) führte u. a. aus: Zur Schande der gegenwärtigen Machthaber muß man sagen, daß die Politik der Rechten, der früheren Konservativen und heutigen Deutschen-Nationalen gerade in der Landwirtschaftsfrage große Erfolge zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung davongetragen hat. Die Anteilmittel, die in Form von Ablieferungs- und Frapprämien zur Auszahlung gelangt sind, haben nur einen umgekehrten Erfolg gehabt, und auch die Art der Ablieferungen oder zeitweisen Preisfestsetzung war ein Mittel, das die Ablieferung nicht gesteigert, sondern systematisch hintertrieben hat. Die Landwirte haben einfach die Ablieferung auf eine günstigere Zeit verschoben. Solange die Landwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage ruht und solange die kapitalistische Grundlage außerhalb unseres Wirtschaftslebens beherrscht, werden wir nicht dazu kommen, die Macht des größten Vollstelles, der Arbeitenden, zu beheben. Erst wenn die Arbeitenden in Stadt und Land die Macht an sich gerissen haben, wenn sie, die alle Werte schaffen, in der Lage sind, die Gütermenge selbst zu kontrollieren, selbst zu verteilen, wenn die Arbeitenden in Stadt und Land sich gefunden haben zu einem gesunden Austausch ihrer Arbeitsprodukte, unabhängig von Profitwünschen, ist es möglich, diese Ernährungsnot zu beheben, auf der Ihr (nach rechts) Profit macht. Ihre Politik und Profitsucht ist es, die das Volk aufzutreiben und aufpeitschen wird, bis es, seiner Macht bewußt, seine Ausbeuter hinwegfegt.

Der Reichstag ist natürlich außerstande, das Ernährungssektor abzuwickeln. Am Mittwoch heften im Reichstag die Konterrevolutionäre aller Richtungen gegen die in Deutschland internierte Polarmisten.

##### Orgesch-Chronik.

I.  
Die Dortmund „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ stellt fest, daß der als Leiter des Pressebüros der westfälischen Orgesch („Verfassungstreue Westfalen“) genannte Leutnant De Rehe oder Heinrich gleichzeitig im Nachrichtendienst des dem Zentrum angehörenden Oberpräsidenten Dr. Würmeling tätig ist. Unter den Kreisvertreternleuten der Orgesch befinden sich mehrere Verleger, bzw. Redakteure von Zeitungsblättern des Münsterlandes sowie ein Obersteuersekretär Holthausen in Ahaus, ein Rektor Lehmann in Dorsten, ein Studienrat Stark in Marendorf und ein Amtsgerichtsrat Dr. Winkel in Wiedenbrück.

Die Orgesch wird trotz aller Verbote immer mehr zu einer sozialen halbmilitärischen Organisation, die nur deshalb nicht legalisiert und zur offiziellen Einrichtung der bürgerlichen Republik gemacht wird, weil gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages dem entgegenstehen. Sie ist nicht nur die gegenrevolutionäre Will, sondern auch die Sicherung des gegenrevolutionären Verwaltungskörpers der Bourgeoisie.

II.  
Vor einiger Zeit wurde auf dem Gute Treibisch bei Hammberg ein geheimes Waffenlager ausgehoben. Es befand sich in einem Keller in der Nähe der Ruhelsburg, der sonst als Bierlager benutzt wurde. Es wurden vorgefunden: 221 Gewehre, Modell 98, 6 Karabiner, 8 schwere, 10 leichte Maschinengewehre nebst Hüftgeschützen und Wasserfässern, 9 Geschütze für M.G., 2 komplett leichte Minenwerfer nebst Betriebsköpfen, 2 komplett Fahrzeuge bestehend aus Wagen und Rahmenwagen für M.G., 5 Selbstladepistolen, 40000 Schuß Geschosse, teils gegen Feind, teils in Bädern, einige Hundert Schuß Pistolenmunition, alles gut gereinigt und eingestellt. Die Waffen werden jetzt an Ort und Stelle unbrauchbar gemacht. Der Pfleider des Gutsbesitzers erklärte, daß der Schlüssel dem Oberst a. D. von Schönberg in Raumberg in Raumberg gehört.

III.  
Die Eisenscherze in Würgingen rast jetzt bereits die Jugendlichen beider Geschlechter zum Hilfslabors auf. Die Jugendlichen sollen in ruhigen Zeiten Scherze und Betriebskämpfe verüben, bei Aufruhr aber Arbeitern zum Werk, Bergbau und sozialen Verpflichtungen leisten, damit schwierige Männer frei werden!

IV.  
Die „Bergbürger Gemeinde“ stellen die Behauptung auf, daß die Orgesch von französischen Beamten finanziert wurde und der Oberst Zweier-Schmeid mit ihr in Verbindung steht.



